

Rechtsprechungsübersicht Strafrecht BT

Diebstahl	
BGH vom 25.7.2012	Ein Gewahrsamsbruch scheidet aus, wenn sich der Täter Sachen eines Toten zueignet und kein Dritter Gewahrsam an der Sache hatte.
BGH vom 6.3.2012	Eine gewerbsmäßige Begehung kann als besonders schwerer Fall nach § 243 II StGB nur dann ausscheiden, wenn der Wert der Beute objektiv geringwertig ist und sich der Vorsatz darauf bezieht.
BGH vom 03.06.2014	Eindringen in einen Schuppen grundsätzlich kein Wohnungseinbruchdiebstahl.
Raub und Erpressung	
BGH vom 11.5.2011	„Scheinwaffen“ sind nur dann Werkzeug oder Mittel i.S.d. § 250 I Nr. 1b StGB, wenn die Drohungswirkung auf objektivem Erscheinungsbild beruht. → Scheinbombe: Ungefährlichkeit ist nicht offenkundig (BGH vom 18.8.2010).
BGH vom 22.11.2012	Räuberischer Diebstahl erfordert unmittelbaren Zusammenhang von Wegnahme und Besitzverteidigung mit Raubmitteln (fehlt, wenn Diebesbeute zwischenzeitlich versteckt ist).
BGH vom 27.2.2013	Auch frühere Drohungen können eine in der Tatgegenwart fortwirkende Drohwirkung entfalten.
BGH vom 4.12.2013	Keine versuchte räuberische Erpressung bei nicht an konkrete Person gerichteter Drohung.
BGH vom 29.11.2012	Kein minder schwerer Fall der schweren räuberischen Erpressung allein wegen unprofessioneller Tatausführung anzunehmen.
BGH vom 20.8.2013	Drohen mit dem Erschießen des Hundes zur Durchsetzung einer unberechtigten Geldforderung ist keine (schwere) räuberische Erpressung.
BGH vom 28.9.2011	§ 250 II Nr. 1 StGB setzt voraus, dass das Werkzeug tatsächlich als raubspezifisches Nötigungsmittel zum Einsatz kommt.
BGH vom 17.10.2013	Schwerer Raub bei Ansichnahme einer Waffe oder eines gefährlichen Werkzeugs als Beute während des Raubes.
BGH vom 1.8.2013	Dem gegen den Willen einer Prostituierten erzwungenen Geschlechtsverkehr kommt kein Vermögenswert zu.

BGH vom 26.5.2011	Führt eine nach Eintritt des Vermögensnachteils erfolgende Nötigungshandlung nur zu einer Vertiefung des Nachteils, so fehlt es an der Kausalität zwischen Nötigungsfolge und Nachteileintritt.
BGH vom 8.11.2011	Im Anwendungsbereich des § 250 StGB wird die Kenntnis des Opfers von einem gefährlichen Werkzeug/einer gefährlichen Waffe nur in Absatz 2 vorausgesetzt.
BGH vom 25.7.2012	Feststellungen zur Beschaffenheit einer Schreckschusspistole erforderlich.
BGH vom 08.10.2014	Einsatz des Nötigungsmittels bei räuberischem Diebstahl während der Nacheile ausreichend.
Betrug	
BGH vom 14.4.2011	Fordern eines überhöhten Preises für sich genommen keine Täuschung.
BGH vom 28.05.2014	Konkludente Täuschung durch rechnungsähnlich gestaltetes Angebotsschreiben.
BGH vom 19.11.2013	Kein Betrug im automatisierten Mahnverfahren wenn Mahn- und Vollstreckungsbescheid wegen fingierten Forderungen beantragt wird.
BGH vom 11.12.2013	Betrug bei täuschungsbedingt erlangten Überweisungsträgern.
BGH vom 11.03.2014	Hält ein Wettender die Information über den Ausgang eines Fußballspiels nur für möglich, fehlt ihm der Täuschungsvorsatz.
BGH vom 27.03.2014	So genannte Ping-Anrufe verwirklichen den Tatbestand des vollendeten Betrugs.
BGH vom 16.04.2014	Geht eine Vorschusszahlung aufgrund eines ebay-Kaufs auf dem Konto des Täters ein, ist der Betrug beendet und eine Teilnahme nicht mehr möglich.
BVerfG vom 7.12.2011	Verfassungswidrige Überdehnung der Anforderungen an einen Betrugsschaden (diffuse Verlustwahrscheinlichkeiten).
BGH vom 14.4.2011	Schaden bei Risikogeschäften: Verlustgefahr, wirtschaftliche Betrachtungsweise.
BGH vom 14.8.2009 und dazu BVerfG vom 7.12.2011	Zum Schaden bei Vertragsschluss in Manipulationsabsicht (fingieren des Versicherungsfalls) – bloße Möglichkeit eines Schadens verstößt gegen Art. 103 II GG.
BGH vom 5.7.2011	Der grundsätzlichen Kompensationsgeeignetheit eines Anspruchs steht dessen mangelnde Fälligkeit nicht entgegen.
BGH vom 13.4.2012 und 29.1.2013	Berechnung des Betrugsschadens bei täuschungsbedingter Darlehensgewährung (Wahrscheinlichkeit und Risiko des zukünftigen Verlusts, Mindestschaden).

BGH vom 6.3.2012	In die Gesamtsaldierung zur Bestimmung eines Vermögensschadens sind auch die vertraglichen Sicherungen der AGB-Banken miteinzubeziehen.
BGH vom 20.3.2013	Bei Eingehungsbetrug ist objektiver Wert des Kaufgegenstands irrelevant.
BGH vom 27.6.2012	Wird bei einem Kauf über Umstände getäuscht, die den Verkehrswert der Sache maßgeblich bestimmen, so erleidet der Getäuschte dennoch nur einen Schaden, wenn die gelieferte Sache objektiv den vereinbarten Preis nicht wert ist.
BGH vom 20.12.2012	Wettbetrug: Bezifferung eines Mindestschadens als Quotenschaden erforderlich.
BGH vom 24.5.2011	Sieht der Täter den Vermögensnachteil nur als notwendige oder mögliche Folge seines auf einen anderen Zweck gerichteten Verhaltens voraus, so liegt keine Bereicherungsabsicht vor.
BGH vom 31.7.2012	Beihilfe zum besonders schweren Fall des Betruges setzt eine Beihilfehandlung voraus, die ihrerseits ein Regelbeispiel des besonders schweren Falls erfüllt.
BGH vom 7.9.2011	Gewerbsmäßiger Spendenbetrug schon ab der ersten Spende.
BGH vom 9.5.2012	Gewerbsmäßiges Handeln beim Betrug setzt Zugriff auf Gelder voraus.
BGH vom 2.2.2011	Gewerbsmäßigkeit nur bei wiederholter Begehung.
BGH vom 19.10.2011	Abgrenzung von Betrug und Computerbetrug bei Verwendung gestohlener ec-Karten ([versuchter] Betrug wenn Täter davon ausgeht, mittels gefälschter Unterschrift bezahlen zu können).
Untreue	
BGH vom 27.08.2014	Einrichtung schwarzer Kassen erfüllt bereits den Tatbestand der Untreue
BGH vom 30.8.2011	Das Einverständnis der GmbH-Gesellschafter führt nicht zwingend zum Ausschluss der Tatbestandsmäßigkeit einer Untreue des Geschäftsführers.
BVerfG vom 23.6.2010 und 1.11.2012	Untreuenachteil ist gesondert zu prüfen und festzustellen (selbständiges Merkmal neben der Pflichtverletzung).
BGH vom 23.2.2012	Untreuerrelevanter Vermögensnachteil bei einer KG nur, wenn gleichzeitig das Vermögen der Gesellschafter berührt.

BGH vom 5.9.2012	Strafbarkeit wegen Untreue aufgrund eines unrichtigen Rechenschaftsberichts (Partei – Sanktionen).
BGH vom 7.10.2011	Untreue durch Unterlassen einer Auskehrung von Versicherungsprämien.
BGH vom 5.3.2013	Erhebung einer von vornherein aussichtslosen Widerklage begründet allein keine Untreue des Anwalts zum Nachteil seines Mandanten.
BGH vom 10.10.2012	Untreuenachteil durch Leistung auf nichtige Forderung.
BGH vom 9.7.2013	Gewerbsmäßige Begehung liegt auch vor, wenn der Täter wesentliche Teile der veruntreuten Beträge Dritten zukommen lässt.
BGH vom 26.6.2012	Konkurrenzverhältnis zwischen veruntreuender Unterschlagung und Untreue.
Anschlussdelikte	
BGH vom 3.11.2011	Der Wortlaut des § 257 StGB unterscheidet nicht zwischen Vorteilen für die Tat und aus der Tat (auch Tatlohn).
BGH vom 11.4.2013	Keine Strafbarkeit wegen Begünstigung bei Beteiligung an Vortat.
BGH vom 22.10.2013	Vollendete Hehlerei setzt Absatzerfolg voraus.
BGH vom 14.3.2012	Hehlerei-Tatbestand erfordert dezidierte Feststellungen zum Inhalt einer Vereinbarung bzgl. des Zusammenwirkens und eindeutige Subsumtion unter Tatbestandsalternative.
BGH vom 8.3.2012	Hehlerei durch Drittverschaffung bei unmittelbarer Weiterleitung des Hehlgutes.
BGH vom 07.05.2014	Keine Verurteilung wegen Absetzens, wenn der Hehler zuvor die Sache angekauft hat und sich dadurch der Hehlerei strafbar gemacht hat.
BGH vom 24.10.2012	Maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung der rechtswidrigen Besitzlage bei der Hehlerei (muss abgeschlossen sein bei Hehlereihandlung).
BGH vom 23.8.2012	Mindestens bedingter Vorsatz hinsichtlich der Vortat bei Geldwäschedelikten.
BGH vom 26.1.2012	Geldwäschebehandlungen eines Mitbewohners müssen konkret festgestellt werden, allgemeine Zugriffsmöglichkeit genügt nicht.
Urkundendelikte	
BGH vom 5.12.2012	Konkurrenzverhältnis bei mehreren Fälschungsvorgängen
BGH vom 5.7.2012	Urkundenfälschung bei Anfertigung von Farbkopien nur, wenn Veränderung auf Originalurkunde.
BGH vom 3.5.2012	Keine Beihilfe des Fälschers an dem Gebrauch der gefälschten Urkunde durch Dritten.

Delikte gegen das Leben	
BGH vom 20.03.2014	Unmittelbares Ansetzen zum versuchten Mord kann auch gegeben sein, wenn der Täter das Opfer in Absicht, es zu töten zunächst quält.
BGH vom 21.12.2011	Tötung durch Unterlassen bei fehlender Freiverantwortlichkeit des Selbsttötungsversuchs.
BGH vom 9.1.2012	Tötungsvorsatz bei äußerst gefährlichen Gewalthandlungen naheliegend, aber nicht zwingend.
BGH vom 7.7.2011	Tötungsvorsatz bei versuchter Vertuschung von ärztlichen Behandlungsfehlern.
BGH vom 22.3.2012	Zur Hemmschwellentheorie bei Tötungsdelikten.
BGH vom 29.11.2011	Wiedereinsetzen der Arglosigkeit beim Heimtückemord nach vorangegangenen Auseinandersetzungen – trotz Angriffswilligkeit, aber wähnt angriffsunfähig.
BGH vom 6.9.2012	Heimtückemord bei verbalen Auseinandersetzungen im unmittelbaren Tatvorfeld (steht dem nicht entgegen).
BGH vom 11.06.2014	Ein (versuchter) Heimtückemord setzt nicht voraus, dass der Täter die Arglosigkeit des Opfers selbst herbeigeführt hat.
BGH vom 29.04.2014	Keine Heimtücke bei Schuss durch Beifahrertür nach vorheriger Ankündigung unter Vorhalt der Waffe, ihm werde „etwas Böses“ geschehen.
BGH vom 06.11.2014	Maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung der Arglosigkeit ist der Beginn des ersten mit Tötungsvorsatz geführten Angriffs.
BGH vom 30.7.2013	Anforderungen an Mordmerkmale (insbes. Heimtücke, Ausnutzungsbewusstsein).
BGH vom 24.4.2012	Heimtückemord setzt Ausnutzungsbewusstsein voraus.
BGH vom 26.03.2014	Keine Zurechnung des Mordmerkmals der niedrigen Beweggründe.
Körperverletzungsdelikte	
BGH vom 15.1.2014	Keine schwere Körperverletzung bei nur eingeschränkter Beweglichkeit eines Körperteils.
BGH vom 20.12.2012	Gezieltes Anfahren eines Motorrollers mit Pkw als Körperverletzung mittels eines sonstigen gefährlichen Werkzeugs.
BGH vom 25.4.2012	Gefährliche Körperverletzung durch gezieltes Anfahren wenn durch Anstoß bereits verletzt.
BGH vom 20.2.2013	Körperverletzung bei verabredeter Schlägerei zwischen rivalisierenden Gruppen trotz erteilter Einwilligung (sittenwidrig).
BGH vom 27.3.2013	Verursachung durch Identität der HIV-Virenstämme ausreichend belegt (FD 9/2013).
BGH vom 18.7.2013	Keine Gesundheitsschädigung bei bloß emotio-

	nalen Reaktionen auf Aufregung.
BGH vom 11.7.2012	Keine Beeinträchtigung des körperlichen Wohlbefindens bei ausschließlich psychischen Belastungen / § 224 I Nr. 5 StGB erfordert Feststellungen zum Vorsatz des Täter hinsichtlich einer potentiellen Lebensgefahr.
BGH vom 2.5.2012	Hinterlistiger Überfall setzt voraus, dass der Täter seine Verletzungsabsicht planmäßig verbirgt.
BGH vom 5.9.2012	Zur Zurechnung von Exzesshandlungen eines Mittäters i.R.d. § 227 StGB.
Nötigung	
BGH vom 19.6.2012	Vollendung der Nötigung erst bei (Teil-)Ausführung der verlangten Handlung.
BVerfG vom 7.3.2011	Bestätigung der Zweite-Reihe-Rechtsprechung.
Ehrdelikte	
BVerfG vom 29.2.2012	Meinungsfreiheit beim „Kampf ums Recht“ auch bei starken und eindringlichen Ausdrücken.
BVerfG vom 7.12.2011	Schmähkritik liegt erst dann vor, wenn die Diffamierung der Person im Vordergrund steht.
Brandstiftung	
BGH vom 10.5.2011 und 26.10.2011	Brandstiftung bei Mischgebäuden in Tatbestandsalternative des teilweisen Zerstörens (Wohnungsteil muss betroffen sein); beim Inbrandsetzen genügt, dass ein Übergreifen auf Gebäudeteile, die für das Wohnen wesentlich sind, nicht auszuschließen ist.
BGH vom 20.10.2011	„Teilweises Zerstören“ eines Gewerbegebäudes durch Brandlegung erfordert gewichtige Zerstörung (zwecknötiger Teile).
Verkehrsdelikte	
BGH vom 5.10.2011	Der Eingangsbereich eines Bürogebäudes zählt nicht zum öffentlichen Verkehrsraum i.S.d. § 315 III, 315b I StGB.
BGH vom 22.11.2011 und vom 5.11.2013	Verkehrsfeindlicher Inneneingriff i.S.d § 315b StGB setzt mindestens bedingten Schädigungsvorsatz voraus, neben dem bewusst zweckwidrigen Einsatz des Fahrzeugs.
BGH vom 22.8.2012	Anforderungen an das Ausnutzen der besonderen Verhältnisse des Straßenverkehrs – verkehrsbedingter Halt i.R.d. § 316a StGB.
Sonstiges	
BGH vom 15.01.2015	Kein Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte bei bloßer Flucht vor der Polizei auch wenn Gefährdung oder fahrlässige Verletzung Dritter.

Zur Bande	
BGH vom 14.11.2012	Zur Zurechnung des Tatbeitrages unter Bandenmitgliedern.
BGH vom 18.10.2012	Anforderungen an die Bandenabrede: Einzelne muss gerade als Mitglied der Bande erfolgen/allgemeine Übereinkunft genügt.
BGH vom 13.3.2013	Erforderliche Feststellungen bei Verurteilung wegen Beihilfe zum Bandendiebstahl.
BGH vom 26.4.2012	Unterscheidung zwischen Bandenmitgliedschaft und Beteiligung an einer Bandentat (erforderlich).
BGH vom 18.4.2012	Bandenabrede muss nicht zwischen (mind. 3) allen Mitgliedern persönlich erfolgen, auch durch aufeinanderfolgende „Kettenabrede“ möglich.
BGH vom 5.7.2012	Für die Bandenabrede genügt stillschweigende Übereinkunft.
BGH vom 05.11.2014	Auch dreifache Beteiligung an einer Bandentat macht einen Beteiligten nicht zwingend zum Bandenmitglied.